

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 24.11.2021

Tagungsort: Ezidische Gemeinde OWL e. V, Rabenhof 20, 33609
Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Herr Robert Alich

Herr Jan Banze

Herr John Simon Chowdry

Frau Sabriya Ekinci

Frau Hanane El Alaoui

Herr Cihad Kefeli

Herr Kamal Madougou-Zongo

Frau Tanja Orłowski

Frau Brigitte Stelze

Herr Cemil Yildirim

Herr Rody Youssef

Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Frau Lena Oberbäumer

Frau Sarah Labarbe

Schriftführung

Herr Emir Ali Sağ

Von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Nürnberger

Frau Grewe

Herr Fliege

Herr Turow

Herr Förster

Frau Dresler

Herr Möller

Frau Hamkens

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Frau Adilovic alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

Frau Orłowski stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 9: **Weitere Verwendung des Integrationsbudgets 2860/2020-2025** und Top 11: **Umsetzung des Case Managements im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements 2859/2020-2025** als 1. Lesung zu behandeln. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 2 Vorstellung von "Ezidische Gemeinde OWL e. V"

Frau Ekinci stellt die Gemeinde vor. Die Religionsgemeinschaft hat die Immobilie Rabenhof 20 in Baumheide im Jahr 2011 gekauft und seitdem ist das Gebäude Treffpunkt der Eziden in Bielefeld und Umgebung. Das Ezidentum ist eine ausschließlich unter Kurden verbreitete pazifistisch-monotheistische Religion. Seine Wurzeln liegen nach eigener Sicht weit vor dem Christen- und Judentum. Nach Vorstellung der Eziden ist Gott allmächtig und Schöpfer der Welt.

Zu Punkt 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 27.10.2021 und am 23.06.2021

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 27.10.2021 wird genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen –

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 23.06.2021 wird genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen –

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Herr Kefeli informiert über die Aktion des Landesintegrationsrates NRW zum Thema deutsch-türkisches Anwerbeabkommen unter dem Motto: „60 Jahre: Du schreibst unsere Geschichte“ mit. Es handelt sich um einen Schülerwettbewerb. Gefragt sind Kurzgeschichten, Essays, Theaterstücke oder Kurzfilme. Die Beiträge können in allen Sprachen geleistet werden. Die Beiträge können spätestens bis zum 23.12.2021 eingereicht werden. Hierzu verteilt Herr Kefeli den Flyer des Landesintegrationsrates.

Die Vorsitzende Frau Adilovic zieht folgendes Resümee über die Arbeit des Integrationsrates in den letzten 9 Monaten. Erfolgreich initiiert wurden:

- Beschluss zur Ausstellung und Feier der 60-jährigen „Gastarbeiter*innen“- Anwerbung
- Stellungnahme zum Antisemitismus
- Aktion Menschenkette
- Gedenkort für rassistische Morde auf dem Kesselbrink
- Verleihung des Integrationspreises
- Baumpflanzung zu Ehren der „Gastarbeiter*innen“
- Erstellung einer Website für den Integrationsrat
- Antrag zur Erhöhung des Stellenanteils für die Geschäftsführung des Integrationsrates.

Zu Punkt 4.1

Sitzungstermine des Integrationsrates 2022

Die Sitzungstermine liegen allen Mitgliedern vor.

Vorsitzende Frau Adilovic bittet die Mitglieder, zusätzlich für eventuelle Sitzungen des Gremiums in ihrem Kalender vorzumerken:

27.04.2022

29.08.2022

Sitzungstermine

19. 01. 2022

23. 02. 2022

23. 03. 2022

18. 05. 2022

22. 06. 2022

28. 09. 2022

26. 10. 2022

30. 11. 2022

Zu Punkt 4.2

Konzeption einer Ausstellung zum Thema Migration im Historischen Museum

Frau El Alaoui berichtet von dem Treffen mit Mitarbeitern des Historischen Museums hinsichtlich der Sonderausstellung zum Thema Migration. Am Treffen nahm für den Integrationsrat auch Herr Alich teil. Wie der Mitteilung zu entnehmen sei, liege der erste Entwurf für ein Ausstellungskonzept vor, der mit dem Integrationsrat mit MO besprochen werden soll. Der Vorschlag des Museums beinhaltet folgende Parameter:

1. Der Zeitraum

Die Ausstellung wird in erster Linie den Zeitraum von 1950 bis zur Gegenwart - mit Schwerpunkten auf den 1960er und 1970er Jahren - beleuchten. Dies erscheint aus Gründen der Übersichtlichkeit unbedingt erforderlich. Gerade zu Beginn und zum Ende dieses Zeitraumes gibt es relevante Migrationsbewegungen wie die Vertriebenen aufgrund des 2. Weltkrieges oder die Migranten, die seit 2015 in Folge der sogenannten Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen sind, die eine eigene Ausstellung verdient hätten. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den Menschen, die aufgrund der verschiedenen Anwerbeabkommen nach Deutschland kamen, zum großen Teil um Arbeitsmigranten. Zugleich gibt es in Bielefeld auch über den gesamten Zeitraum hinweg größere Gruppen, die wegen politisch motivierter Verfolgung hierherkamen, beispielsweise eine größere tamilische Gemeinde vor Ort.

2. Der öffentliche Raum

Migration kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Die Sichtweise der Migranten*innen unterscheidet sich dabei von der Sicht der aufnehmenden Gesellschaft. Insofern wird die Ausstellung in einen *öffentlichen* und in einen *privaten* Raum geteilt. Der öffentliche Raum wird in Form einer Straßensituation inszeniert, der sich in der Mitte der Ausstellung befindet. Hinter diesem Raum befinden sich einzelne kleinere Kabinette, die durch „Eingangstüren“ zugänglich sind.

Beide Räume korrespondieren also miteinander: Beispielsweise eine Bushaltestelle, die das Ankommen symbolisiert, mit dem Raum, in dem die Anwerbeabkommen behandelt werden, oder der in Bielefeld gebaute Motorroller mit der Arbeitsbiografie eines „Gastarbeiters“. Der öffentliche Raum zeigt, wie Migranten*innen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden und z.T. heute noch wahrgenommen werden.

3. Der private Raum

Dieser Raum umfasst 5 sog. Portalräume mit dahinterliegenden biografischen Räumen sowie einer Ausstellungsfläche, die Künstlern*innen mit Migrationsgeschichte für jeweils 3 – 4-wöchige Ausstellungen zur Verfügung gestellt wird. Die Porta-

le behandeln folgende Themen:

- Migration (Gründe von Migrationsbewegungen, historischer Rückblick auf selbige, Formen der Migration wie Arbeitsmigration oder Flucht und Asylsuche)
 - Die Anwerbeabkommen (Eckdaten und Inhalte der Abkommen, das Ausländergesetz von 1965, der Stopp der Anwerbung 1973)
 - Arbeitswelten (Zahlen / Bereiche, Sprachprobleme, Unterbringung, Gewerkschaften)
 - Soziales Umfeld (Religion, Vereinswesen, Feste, Wohnen und Wohnumfeld, Integration)
 - Familie (Zuzug, Kontakt zur Heimat und zur Aufnahmegesellschaft, Wohnen, Selbständigkeit, Kinder und Jugendliche in Schule und Freizeit)
- Mit den Portalen korrespondieren biografisch ausgerichtete Räume. In deren Mittelpunkt stehen gefilmte Interviews mit Migrant*innen, die sich zu den jeweiligen Themen äußern. (z.B.: Wie wurde ich am Arbeitsplatz aufgenommen? Welche Arbeiten habe ich im Laufe meines Berufslebens gemacht?) Zu den Interviews kommen persönliche Objekte aus der Lebensgeschichte der Befragten. Hierfür haben verschiedene Migrant*innenorganisationen bereits ihre Unterstützung zugesagt.

4. Der Kunstraum

In Bielefeld gibt es zahlreiche Künstler*innen mit Migrationsgeschichte. Diese sollen einen eigenen Raum im Rahmen der Ausstellung erhalten, in dem sie für einen Zeitraum von 3 – 4 Wochen ihre künstlerische Sicht auf die Migration thematisieren können. Ein wichtiger Partner für diesen Raum wird auch das Kinderkunstmuseum sein, dem einer der biografischen Räume zugeordnet ist.

Das nächste Treffen wird Anfang Februar 2022 stattfinden. Hierzu soll die Arbeitsgruppe des Integrationsrates einen Vorschlag unterbreiten.

Zu Punkt 5

Anfragen

Zu Punkt 5.1

Antwort auf die Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht Arabisch

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Die Antwort des Schulamtes auf die Anfrage von Herrn Alich liegt den Mitgliedern vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 7

Berichte aus den Ausschüssen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Adilovic informiert, Fr. Ait Allali habe berichtet, dass Bemühungen um eine Konstituierung des Kinder- und Jugendparlaments in Bielefeld sehr aktiv betrieben werden. Sie bittet den Integrationsrat, sich in diese Thematik engagiert einzubringen.

Zu Punkt 8

Situationsbericht Kommunale Ausländerbehörde, Vorstellung neue Leitung Einbürgerung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Vorsitzende Adilovic begrüßt Herrn Fliege, Leiter des Bürgeramtes, Herrn Turow, Bereichsleiter der Ausländerangelegenheiten und Herrn Förster, Leiter der Einbürgerungsstelle.

Herr Fliege informiert den Integrationsrat über die Organisations- und Personalentscheidungen im Bereich der Ausländerbehörde.

Aufgrund der Diskussionen, die im Sommer geführt wurden, werde die Ausländerbehörde personell mit 8,5 Stellen aufgestockt.

Darüber hinaus werde es zwei weitere überplanmäßige Stellen geben.

Ferner werde auch die Einbürgerungsstelle personell neu aufgestellt. Es seien nach wie vor 4,5 Stellen unbesetzt. Allerdings werde es in der kommenden Zeit eine Lösung in dieser Frage geben.

Herr Fliege gibt auch bekannt, dass die Einbürgerungsstelle organisatorisch jetzt in den Bereich der Ausländerangelegenheiten verlagert ist und Herr Förster sei der neue Leiter für den Bereich der Einbürgerung. Das Ziel sei, eine organisatorische Effektivitätssteigerung und Schnittstellenminimierung.

Herr Turow informiert über den Stand der Terminvergabe der Ausländerbehörde. Die Nachfrage sei nach wie vor sehr groß, allerdings arbeite man mit einem neuen Öffnungskonzept, d.h. das Terminangebot wurde ausgeweitet und Überstunden für die Bearbeitung angeordnet. Problematisch sei hier unter anderem auch die räumliche Enge für die Beratung. Mehrere Mitarbeiter*innen teilten ein Büro. Unter diesen Umständen seien die Aufgaben nicht zu bewältigen. Es würden jährlich für ca. 25 000 Personen Termine vereinbart.

Zusammenfassend erklärt er, dass alles Machbare unternommen werde um ein zufriedenstellendes Angebot für die Kund*innen zu erreichen.

Auf die Nachfragen zur Einbürgerungssituation führt Herr Förster folgendes aus:

Wie viele Anträge liegen aktuell vor / Wie viele Anträge sind in der Bearbeitung

Derzeit (Stand: 13.12.2021) befinden sich ca. 1.800 Anträge in der Bearbeitung (inkl. Einbürgerungszusicherungen).
Allein im Jahr 2021 wurden bislang 1.488 Einbürgerungsanträge gestellt;
Im Jahr 2020 gab es insgesamt 507 Anträge.

Anzahl der Einbürgerungen 2020/2021

Im Jahr 2021 wurden bislang (Stand: 13.12.2021) 245 Personen in Bielefeld eingebürgert.
Im Jahr 2020 gab es in Bielefeld insgesamt 342 Einbürgerungen.

Herkunftsländer der Eingebürgerten

siehe Anhang

Beratungstermine

Ein Einbürgerungsantrag kann mittlerweile auch ohne ein verpflichtendes Beratungsgespräch gestellt werden (z.B. Onlineantrag). Eine entsprechende Warteliste für die Terminvergabe gibt es nicht mehr. Im Jahr 2020 gab es insgesamt 1.564 solcher Beratungsgespräche. Im Jahr 2021 bislang 167.

Beratungen erfolgen derzeit nur in Einzelfällen, sofern die Fragen nicht vorab durch das zur Verfügung stehende Informationsmaterial oder im Rahmen des Onlineantrages beantwortet werden konnten.

Bearbeitungsdauer bzw. wie lange dauert eine Einbürgerungsverfahren bis zur Entscheidung

Die Bearbeitungsdauer variiert von Fall zu Fall und lässt sich nicht allgemeingültig messen bzw. darstellen.
Es gibt Fälle, die innerhalb weniger Wochen entschieden werden, aber auch Verfahren, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken können.

Beschwerdemöglichkeiten/ an wen sollen sie sich wenden

Erster Ansprechpartner ist grds. der verantwortliche Sachbearbeiter/ Sachbearbeiterin.
Sollte auf dieser Ebene keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden, sollte eine E-Mail an das Postfach einbuererungsstelle@bielefeld.de gesendet werden.

Es melden sich zu Wort Frau Ekinci, Frau Adilovic, Herr Zilke, Frau Stelze, Herr Yildirim, Herr Banze, Frau Oberbäumer.

Zu Punkt 9

Weitere Verwendung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2860/2020-2025

Herr Beigeordneter Nürnberger erläutert die Kernpunkte für die Verwendung des Integrationsbudgets. Es werden sechs Projekte finanziert.

1. Die Finanzierung einer befristeten Stelle für die Erstanlaufstelle für Neuzugewanderte
2. Ausweitung des Projektes ‚Stadtteilmütter‘ auf die Quartiere Ummeln und Brackwede
3. Die Stadtteilkoordinationen Brackwede, Jöllenbeck (Oberlohmannshof) und Mitte-Nord werden weiterhin finanziert
4. Die Fortsetzung des Sprachcafés im bisherigen Umfang
5. Weiterfinanzierung der Sprachkurse durch die Kommunen
6. Durchführung eines Brückenprojektes im Jugendzentrum Stricker

Auf die Frage von Frau El Alaoui, warum der Antrag von dem Träger TEMPUS e. V. nicht berücksichtigt wurde, erklärt Herr Beigeordneter Nürnberger, dass aufgrund der Identifizierung der Bedarfslage und Rückmeldungen von Fachstellen die Verwaltung keine Notwendigkeit gesehen hat, die Finanzierung des Vereins vorzuschlagen. In Bielefeld sei man der Meinung, es existierten ausreichend psychosoziale Beratungsangebote.

Ein Überblick über die Beratungsstellen werde den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Vorsitzende Adilovic hält nicht für nachvollziehbar, weshalb trotz des Beschlusses der Gremien die ‚Fachstelle für Flüchtlinge‘ nicht als ‚Fachstelle für Integration‘ ausgewiesen werde. Sie sei selber als Mitglied der Optimierungsgruppe seiner Zeit sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt gewesen. Die Bezeichnung ‚Flüchtlinge‘ sei nicht mehr zeitgemäß. Insbesondere die Erstanlaufstelle, die noch nicht ihre Arbeit aufgenommen habe, solle nicht nur die bisherige Clearingstelle ersetzen. In dem Konzept der Erstanlaufstelle, in dem auch der Integrationsrat, sowie die Migrantenorganisationen vorgesehen waren, sei in dem neuen Konzept nicht mehr berücksichtigt. Es sei zudem nicht ganz deutlich in welchem Umfang, in welcher Form und für welche Zielgruppe das Angebot vorgehalten wird.

Herr Zilke fragt, ob es eine konkrete Bedarfsanalyse gegeben hat und welche Beratungsstellen die Neuzugewanderten bisher wahrgenommen haben.

Herr Beigeordneter Nürnberger versichert, in der neuen Organisations-Verfügung werde die ‚Fachstelle für Integration‘ die bisherige Bezeichnung ersetzen. Das Konzept für die Erstanlaufstelle sei noch nicht abgeschlossen. Es sei ein noch offener Prozess. Das Konzept werde unter Beteiligung des Integrationsrates sowie der freien Träger diskutiert und festgelegt.

Frau Stelze begrüßt die Entscheidung, die Erstanlaufstelle an einer öffentlich prominenten Stelle einzurichten. Dies sei ein Zeichen der öffentlichen Anerkennung von Neuzugewanderten in der Stadt. Deswegen begrüße sie die Entscheidung der Verwaltung.

-1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 10

Bericht zu Diversität und Chancengleichheit - Daten zu Chancen und Teilhabemöglichkeiten von Bielefelder*innen mit Migrationshintergrund in den Jahren 2017 bis 2020 (Integrationsmonitoring)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2155/2020-2025

Frau Hamkens und Frau Grewe stellen dem Bericht zu Diversität und Chancengleichheit vor.

Dabei gehen sie kurz auf spezifische Bereiche, wie Bevölkerungsstrukturentwicklung, Stand der rechtlichen Integration, die Neuzuwanderung in Bielefeld, Bildung, Arbeitsmarkt, Armutsrisiko, Gesundheit, wohnräumliche Segregation und politische Partizipation ein. Frau Hamkens erläutert, es gehe um die Fortschreibung der 2012 entwickelten Zahlenreihen um Entwicklungen ablesen zu können und weist auf die unterschiedlichen Definitionen u. Kategorisierungen in den jeweiligen Handlungsfeldern hin, die eine Vergleichbarkeit der Daten erschwerten. Perspektivisch sei vorgesehen, erläutert Frau Grewe, das Monitoring im Rahmen der Umsetzung KIM in Bielefeld weiterzuentwickeln und beispielsweise die Sicht von Betroffenen wie Expert*innen einzubeziehen.

Nach den Ausführungen bringen Frau Oberbäumer, Frau El Alaoui, Herr Yildirim, Frau Stelze und Herr Alich ihr Unbehagen hinsichtlich der Kategorisierung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Bericht zum Ausdruck. Die Unterscheidung dieser Bevölkerungsgruppe in verschiedene Kategorien vermittelte das Bild der Nichtzugehörigkeit zu dieser Gesellschaft, stigmatisiere und sei behaftet mit negativen Konnotationen. Es bestehe Konsens in einer der nächsten Sitzungen des Integrationsrates sich fachlich, inhaltlich mit dem weiteren Umgang auseinanderzusetzen. Vor allem sei hier wichtig, die Sicht der Menschen zu erfahren über die in dem Bericht gesprochen werde.

Frau Adilovic bedankt sich für die kritisch konstruktiven Äußerungen und führt aus:

Die Bezeichnung "Migrationshintergrund" wurde 2005 eingeführt, um Einwanderung und Integration von Menschen in Deutschland statistisch zu erfassen.

Vor der Einführung des Begriffs "Migrationshintergrund" wurden Menschen, die ab den 1950er Jahren nach Deutschland gekommen waren, als Ausländer in den Statistiken erfasst. Doch besonders ab den 1990er Jahren wurde klar, dass diese Einteilung nicht mehr angemessen sei. Denn die Statistik hatte einige blinde Flecken: Die Migrationserfahrung von Menschen, die zwar Zugewanderte sind, aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sowie von deren Nachkommen. Sie blieb in der Einteilung nach deutschen oder ausländischen Staatsangehörigen unbe-

achtet.

Also wurde 2005 der Begriff "Migrationshintergrund" eingeführt. Den haben alle Menschen, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen.

Doch der Begriff ist mittlerweile nicht nur oft negativ behaftet, sondern umfasst eine viel zu heterogene Gruppe von Menschen.

Den Begriff hat sich das Statistische Bundesamt ausgedacht. Er dient dazu, Menschen in eine Kategorie zu packen, die sie sich nicht selbst ausgesucht haben, sondern die ihnen aufgezwungen wurde. Eine Fremdbezeichnung also – und Fremdbezeichnungen sind in der Regel respektlos.

Gemeint ist mit Migrationshintergrund in der Regel nicht jemand, dessen Eltern nicht in Deutschland geboren wurden, sondern jemand, der bosnische, arabische oder türkische Eltern hat.

Vor diesem Hintergrund begrüßt sie den Vorschlag, in einer der kommenden Sitzungen mit dieser Thematik gänzlich zu diskutieren bzw. zu problematisieren.

-Kenntnisnahme-

-.-.-

Zu Punkt 11

Umsetzung des Case Managements im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2859/2020-2025

Herr Nürnberger und Frau Dresler stellen das Konzept des Case Managements vor.

Die Teilhabe- und Integrationsstrategie des Landes NRW unterstützt die Kommunen bei der Integration von Geflüchteten, Neuzugewanderten und Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Zur Umsetzung des Landesprogramms „Kommunales Integrationsmanagement“ hat das Land ein verbindliches Handlungskonzept vorgelegt, mit dem insbesondere die KI gestärkt werden sollen. Es sind drei Bausteine vorgesehen: Koordination, Casemanagement, Stärkung der Ausländerbehörden / Einbürgerungsstellen. Bezogen auf den Baustein 2 ist das Amt für Soziale Leistungen für die Umsetzung zuständig.

Das Case Management konzentriert sich auf die Steuerung von mehreren Helfern, bzw. Hilfen und Ausschöpfen vorhandener Ressourcen, die Klient*innen zugänglich gemacht werden.

Elementare Merkmale des Case Managements sind ihre unmittelbare Kundenorientierung, ihre strukturelle, auf Abschluss von Zielvereinbarungen orientierte und strategisch-planerische Vorgehensweise.

Der Fokus auf Ergebnisorientierung, sowie der besondere Stellenwert, der Dokumentation und Auswertung sind konstitutive Bestandteile des CM.

Fragen wie zum Beispiel „Hat die Maßnahme ihr Ziel erreicht?“.

Leistungsumfang und Leistungstiefe des CM sind aufgrund seiner Beratungs-, Koordinierungs-, und Vernetzungsdienstleistungen erheblich umfangreicher angelegt als Leistungsumfang und Leistungstiefe allgemeiner Beratungsdienstleistungen.

Die Case Manager*innen haben die Aufgabe herauszufinden, welche Hilfe, zu welchem Zeitpunkt, in welchem zeitlichen Umfang, in welcher Quantität und Qualität benötigt wird und wer diese Hilfe bieten kann (Leistungsträger, Behörden, informelle Systeme). Aufgrund dessen ist primäres Ziel des CM im KIM-Kontext, auf Basis der Einzelfälle strukturelle Barrieren/Handlungsbedarf zu identifizieren und dabei mitzuwirken, diese zu bearbeiten sowie auch Übergänge zu optimieren.

Vor diesem Hintergrund bittet die Verwaltung, die Vorlage in der nächsten Sitzung des Integrationsrates am 19.01.2022 zu beschließen, damit die Arbeit umgehend aufgenommen wird.

Frau Vorsitzende Adilovic bedankt sich für diese transparente Darstellung und bittet bei Punkt 4 („Bei der Besetzung der Stellen gilt ‚interkulturelle Kompetenz‘ als unverzichtbares Auswahlkriterium“) textlich ergänzen: Sie schlägt vor, ‚interkulturelle Kompetenz‘ auszuweiten: „Bei der Besetzung der Stelle ist das Gleichheitsprinzip zu beachten, demnach, bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung eine Person mit sogenanntem MH einzustellen. Interkulturelle Kompetenz und natürliche Mehrsprachigkeit sind in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft ein unverzichtbares Auswahlkriterium“.

Herr Beigeordneter Nürnberger erinnert daran, dass ‚interkulturelle Kompetenz‘ als unverzichtbares Auswahlkriterium seiner Zeit vom Integrationsrat empfohlen wurde, so ist es auch in die Beschlussvorlage aufgenommen.

-1. Lesung -

Zu Punkt 12

Aktionsplan Inklusion in Bielefeld 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2748/2020-2025

Herr Möller erläutert die Informationsvorlage. Der Aktionsplan Inklusion erscheine jährlich und werde aktuell in Bielefeld verteilt.

Frau Vorsitzende Adilovic bedankt sich für die kurzen Ausführungen und wünscht weiterhin viel Erfolg bei der Umsetzung des Aktionsplans.

-Kenntnisnahme-

Zu Punkt 13 **Gesetz zur Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoptionen (Adoptionshilfe-Gesetz)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2194/2020-2025

Ohne Aussprache nimmt der Integrationsrat die Vorlage zur Kenntnis.

-Kenntnisnahme-

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 14 **Mitwirkung in den Ausschüssen als sachkundige Einwohner*innen**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Integrationsrates vertagt.

Murisa Adilovic

Emir Ali Sağ